



SPD-Wahlprogramm
zur
Kreistagswahl im Landkreis Emmendingen
2014

Autorinnen und Autoren:

Robert Arnitz, Elfriede Behnke, Georg Binkert, Dietrich Elchlepp, Johannes Fechner,
Ulrich Hummel, Markus Jablonski, Hermann Jäger, Raphael Paff, Heinz Rehm,
Sabine Wölfle und Marianne Wonnay

Redaktion:

Luisa Boos, Johannes Fechner, Dietrich Elchlepp, Ulrich Hummel und
Raphael Pfaff

Unser Einsatz für einen sozialen Landkreis Emmendingen

Die SPD im Kreis Emmendingen will ihre erfolgreiche Arbeit der letzten Jahre fortführen und weiter dazu beitragen, den Landkreis sozialer und gerechter zu gestalten. In der letzten Amtsperiode vertrat die SPD-Kreistagsfraktion mit drei Kreisrätinnen und sieben Kreisräten die Interessen der Bürgerinnen und Bürger. Diesen fühlte sie sich trotz der Sparauflagen, verursacht durch die Finanz- und Wirtschaftskrise, immer verpflichtet. Der Schwerpunkt der SPD-Kreistagsfraktion lag deshalb darauf, die Menschen vor sozialen Schieflagen zu bewahren und sie in ihren individuellen Lebensentwürfen zu unterstützen. Durch die Arbeit der sozialdemokratischen Kreisrätinnen und Kreisräte wurden Vorhaben verwirklicht, die unseren Landkreis sozial gerechter, familienfreundlicher und nachhaltiger gemacht haben.

Wir haben:

- den Ausbau der Betreuungsangebote in den Kindertagesstätten und der Kindertagespflege unterstützt.
- frühe Hilfen für Familien und Jugendliche ausgebaut.
- durch Investitionen ins Kreiskrankenhaus die wohnortnahe Versorgung mit Gesundheitsleistungen gesichert. Unser Kreiskrankenhaus bleibt in Trägerschaft des Landkreises und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können sich auf tarifliche Beschäftigung verlassen.
- mit energetischen Sanierungen von Kreisgebäuden einen Beitrag zur Energiewende geleistet und den Nutzwert erhöht.
- mit einem Klimaschutzkonzept die Grundlage für die Energiewende im Kreis Emmendingen gelegt.
- die berufliche Bildung und damit auch die Wirtschaft im Landkreis gestärkt.
- ein sechsjähriges sozialwissenschaftliches Gymnasium an der GHSE eingerichtet, ebenso ein dreijähriges sozialwissenschaftliches Gymnasium und ein Wirtschaftsgymnasium am Berufsschulzentrum Waldkirch.
- die Landwirtschaft unterstützt, zum Beispiel durch die Finanzierung des Landwirtschaftlichen Bildungszentrums auf der Hochburg.
- die Fortführung der ARGE als Jobcenter beschlossen.
- aktive Wirtschaftsförderung betrieben.
- Den Einstieg in den flächendeckenden Ausbau des Breitbandausbaus vorangetrieben
- Mitgliedschaft im TRAS

Auch wenn wir in den vergangenen Jahren viele unserer Forderungen umsetzen und einem sozialen Landkreis Emmendingen näher gekommen sind, haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ehrgeizige Ziele für die Zukunft unseres Kreises. Wir treten deshalb mit starken Kandidatinnen und Kandidaten und dem vorliegenden Programm zur Kreistagswahl an, um den Landkreis sozialer, gerechter und nachhaltiger zu gestalten.

1. Eine soziale Infrastruktur für alle

Uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist dran gelegen, die soziale Infrastruktur im Kreis fortzuentwickeln. Alle Generationen sollen sich hier wohl und sicher fühlen.

Der Altersaufbau unserer Gesellschaft stellt die soziale Daseinsvorsorge vor große Herausforderungen. Wir kämpfen dafür, dass trotz dieser Entwicklung das soziale Miteinander aller Generationen vorherrscht. Wir setzen dabei auf Zusammenarbeit mit Kommunen und Sozialverbänden.

In den vergangenen fünf Jahren haben wir schon viel erreicht: Der Landkreis hat beispielsweise die frühen aufsuchenden Hilfen für Familien ausgebaut und der Familienwegweiser wurde weiterentwickelt. Die Betreuungsangebote für Kinder in Kindertagesstätten und Tagespflege wurden qualitativ und vielfältig ausgeweitet. Durch die finanzielle Unterstützung der grün-roten Landesregierung wurden u.a. Schulsozialarbeit und Beschäftigungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose auch im Kreis auf stabile Beine gestellt und ausgebaut. Die Beratung und Unterstützung pflegebedürftiger Menschen und ihrer Familien durch Seniorenbüro und Pflegestützpunkt wurden intensiviert und die Teilhabe von Menschen mit Behinderung verbessert.

Wir wollen:

- die frühen Hilfen für Familien und qualitativ hochwertige Betreuungsangebote weiter ausbauen. Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir einen Dialog starten, wie der Elternbeitrag für die Betreuungsangebote nach Einkommen gestaffelt werden kann.
- stabile Brücken zu Beschäftigung und gesellschaftlicher Teilhabe für langzeitarbeitslose Menschen bauen.
- Menschen mit Behinderung in alle gesellschaftlichen Bereiche integrieren und hierfür die vom Land geplante und finanzierte Funktion des ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten künftig als hauptamtliche Vollzeitstelle im Landratsamt schaffen.
- Eine Sozialplanung als Fortschreibung des Teilhabepflichtplans für Menschen mit geistiger, körperlicher und Mehrfachbehinderung soll helfen, diese Menschen besser vor Ort zu integrieren. Wir wollen ein " Budget für Arbeit" um Menschen mit Behinderung den Übergang in den ersten Arbeitsmarkt zu erleichtern.
- Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf oder in schwierigen Lebenslagen, wie z.B. die psychisch Kranken, von Obdachlosigkeit bedrohten oder überschuldeten Menschen, verlässliche und ausreichende Hilfe und nachsorgende Betreuung gewähren. Dazu gehört insbesondere die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum. Dafür wollen wir die Gründung einer Kreisbaugenossenschaft prüfen.
- dem steigenden Anteil pflegebedürftiger Menschen durch Beratung und Weiterentwicklung unseres Pflegegesamtkonzeptes Rechnung tragen.
- Tagesangebote auch für pflegebedürftige ältere Menschen ausweiten, um pflegende Angehörige zu entlasten.
- generationenübergreifende Angebote wie Familienzentren und Mehrgenerationenhäuser entwickeln.
- unser bewährtes Kreiskrankenhaus in öffentlicher Trägerschaft halten und durch weitere Baumaßnahmen noch attraktiver machen.
- Infrastruktur und Freizeitangebote, die den Bedürfnissen und Wünschen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen entsprechen, auch künftig eine hohe Priorität einräumen.

- im Bereich der Erziehungshilfen ausreichend stationäre und ambulante Plätze zur Unterstützung der Jugendlichen und der Eltern schaffen
- Angebote in der Tagesbetreuung ausbauen. Die Angebote sollten Konzepte für Prävention und Nachhaltigkeit aufnehmen, ebenso den Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Gewalt berücksichtigen.
- Flüchtlingen neben menschenwürdiger Unterbringung, Beratung und Betreuung insbesondere sprachliche Förderung zur Verfügung stellen und die Entwicklung einer kreisweiten Willkommenskultur unterstützen.
- Externe Einrichtungen wie Wildwasser, Aidshilfe, etc. auskömmlich unterstützen.

2. Bildung schafft Zukunft

Bildung ist mehr denn je der Schlüssel für eine gerechte Teilhabe und gute Chancen in Ausbildung und Beruf. Wir Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, dass kein Jugendlicher ohne Schul- und Ausbildungsabschluss bleibt. Der besonderen Bedeutung und Verantwortung des Landkreises als Träger der Gewerblichen-, Hauswirtschaftlichen-, Sozialwirtschaftlichen und Kaufmännischen Schulen sind wir uns deshalb auch in Zukunft bewusst. Doch der Landkreis Emmendingen weist noch immer einen viel zu hohen Anteil an Jugendlichen ohne Schulabschluss auf. Mit einer guten Infrastruktur und Ausstattung der Beruflichen Schulen und mit gezielten Angeboten zur nachträglichen Berufsqualifizierung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen wollen wir Hilfen und Orientierung bieten, um neue Perspektiven für den Einzelnen zu eröffnen; und ohne ausreichendes Fachpersonal sind künftig die wirtschaftliche Entwicklung im Kreis und damit auch Arbeitsplätze gefährdet.

Deshalb wollen wir:

- die Berufsbildenden Schulen im Landkreis für die Bewältigung künftiger Aufgaben finanziell besser auszustatten.
- durch die Ausweitung der Schulsozialarbeit, der Jugendberufshilfe und ergänzende Maßnahmen die zu hohe Zahl von Jugendlichen ohne Schulabschluss deutlich verringern.
- die technische Ausstattung der Beruflichen Schulen, verbunden mit einer zeitgemäßen Internetanbindung, verbessern, um den Einsatz neuer Medien zum selbstverständlichen Schulalltag zu machen.
- das Mensaangebot an den Kreisschulen ausbauen, da sich immer mehr Schüler, Schülerinnen, Auszubildende und Erwachsene in der Fortbildung ganztägig in unseren Berufsschulen aufhalten.
- durch Gebäudesanierungen der Kreisschulen die Rahmenbedingungen für eine gute Unterrichtsversorgung schaffen.
- das Landwirtschaftliche Bildungszentrum auf der Hochburg als zentrale Bildungs- und Versuchseinrichtung für Berufe im landwirtschaftlichen Bereich, gerade auch im Hinblick auf die Vermittlung von Kenntnissen im ökologischen Landbau, weiterhin unterstützen.
- eine rasche Umsetzung des Regionalen Schulentwicklungsplans gemeinsam mit den Nachbarkreisen und hierbei eine Stärkung und eine sinnvolle Weiterentwicklung der beruflichen Schulen
- mehr Angebote zur nachträglichen Berufsqualifizierung, die den Lebensumständen und dem Alter der Teilnehmer/ innen angepasst sind,
- Ausweitung der Schulplätze und sonstigen Ausbildungsgänge für Altenpflegeberufe im Landkreis Emmendingen.
- berufsbegleitende Ausbildung von Pflegehelfern/ innen zum Beruf des Altenpflegers/ der Altenpflegerin mit Hilfe von Kooperationsverträgen zwischen unseren Pflege-schulen und Pflegeeinrichtungen
- Ausweitung der Schulplätze und Ausbildungsangebote für Altenpflegeberufe im Landkreis
- Einführung einer zweijährigen Ausbildung zur Gesundheits- und Pflegeassistenz und Altenpflegeausbildung in Teilzeit für Menschen mit privaten Verpflichtungen (z.B. Familie oder privater häuslicher Pflege)
- den „Runden Tisch für Ausbildung“, gemeinsam mit der Handwerks- und der Industrie- und Handelskammer und den Beruflichen Schulen weiter unterstützen, um alle Potentiale für eine Fachkräfteausbildung auszuschöpfen.

- die „Fachkräfteallianz am Oberrhein“ mit unserer europäischen Nachbarregion Elsass für grenzüberschreitende Ausbildungskooperationen unterstützen
- den Wiedereinstieg in ein neues Konzept „Auszeit“, damit Schulverweigerer einen Abschluss schaffen
- Wir wollen den Übergang Schule und Beruf erleichtern, um Jugendliche möglichst schnell in eine betriebliche Ausbildung zu bringen. Das Land Baden-Württemberg plant hierzu einen Modellversuch, welcher bis zu vier Jahre dauern wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Landkreis Emmendingen sich als eine der Modellregionen darum bewirbt.

3. 100% Energiewende – unser Beitrag zum Klimaschutz

Ein konsequenter Klimaschutz und die Umsetzung der Energiewende stellen die Kreispolitik der nächsten Jahre vor große Herausforderungen. Um diese zu lösen, hat die SPD-Fraktion im Kreistag wichtige Grundlagen geschaffen. Auf unsere Initiative hin wurde die Kreistagsverwaltung damit beauftragt die Möglichkeiten zur Realisierung der Energiewende (100% erneuerbare Energien) im Landkreis bis zum Jahre 2030 zu prüfen. Daraufhin wurde im Jahr 2012 ein „integriertes Klimaschutzkonzept“ erstellt. Dieses Klimaschutzkonzept kam zu dem Ergebnis, dass der Strombedarf des Landkreises bis 2030 vollständig lokal und aus erneuerbaren Energiequellen gedeckt werden kann, wenn dafür alle vorhandenen Potentiale kontinuierlich genutzt werden. Beim Wärmebedarf ist eine 100%ige Deckung erst im Jahr 2050 möglich und auch nur dann, wenn mindestens 50% des Wärmebedarfs eingespart werden.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden die Energiewende im Kreis auch weiterhin vorantreiben. Ausgehend von unseren Klimaschutzzielen wollen wir in den kommenden fünf Jahren die hierfür notwendigen Einzelmaßnahmen realisieren.

Wir wollen deshalb:

- eine Energieagentur des Landkreises, in die die neu ausgeschriebene Funktion eines Klimaschutzmanagers einzubinden ist. Nach Auslaufen der Befristung des Klimaschutzmanagers wird diese Aufgabe in eine Energieagentur überführt.
- die Festschreibung der Klimaschutzziele unter Einbindung der Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Betriebe.
- Erstellung eines konkreten Maßnahmenkatalogs zur Umsetzung der definierten Ziele. Dieser soll auch zeitliche Vorgaben, Priorisierungen von Maßnahmen und Controllinginstrumente wie einen jährlichen Fortschrittsbericht enthalten.
- den Aufbau eines Energieberatungsnetzwerks zur Weitergabe von Informationen, zum Beispiel zur energetischen Gebäudesanierung und Energieeffizienz.
- die Reduzierung des Wärmebedarfs und die Erschließung weiterer Energieeinsparpotentiale von kreiseigenen Gebäuden.
- die kommunalen oder privatwirtschaftlichen Initiativen zum Bau von Windkraftanlagen und zur Wasserkraftnutzung als Genehmigungsinstanz aktiv unterstützen.
- uns im Rahmen unserer Möglichkeiten konsequent für die Abschaltung des Atomkraftwerkes Fessenheim einsetzen.

4. Für einen starken, ländlichen Raum

Unser Landkreis erstreckt sich vom Rhein bis in die Schwarzwaldtäler und ist für seine landschaftliche Schönheit und Vielfalt bekannt. Durch seine ländliche Struktur entstehen für die Kreispolitik jedoch besondere Herausforderungen. Wir leben in einer vom Klima bevorzugten Kulturlandschaft, die durch die Bebauung und Bewirtschaftung unserer Vorfahren geprägt wurde. Das milde, nicht zu trockene Klima und die Auswirkungen der Realteilung prägen das Bild der überwiegend kleinräumigen Landwirtschaft im Landkreis.

Zur Stärkung unseres ländlichen Raumes wollen wir:

- einen regelmäßigen Austausch mit Landwirtinnen und Landwirten und den landwirtschaftlichen Verbänden. Es gilt eine vernünftige Balance zu finden zwischen der Vielfalt der landwirtschaftlichen Nutzung und den Zwängen der Betriebswirtschaft zu größeren Bewirtschaftungseinheiten.
- die Schaffung guter landwirtschaftlicher Rahmenbedingungen durch den Wirtschaftswegebau und Unterstützung der Wasser- und Bodenverbände.
- sinnvolle Stoff-Kreisläufe und die Vermeidung von unnötigen Transporten. Das im Landkreis anfallende Schnittgut muss vor Ort verwertet werden. Die Vorgaben durch die neue Bioabfallverordnung müssen auf Landkreisebene umgesetzt werden.
- den Breitbandausbau als Teil der öffentlichen Daseinsfürsorge voranzureiben. Wir unterstützen die Gründung des Zweckverbandes zur Errichtung und Betrieb eines glasfaserbasierten Hochgeschwindigkeitsnetzes, das hohe Datenraten und steigende Datenmengen erlaubt. Bis ins Jahr 2018 soll jede Kreisgemeinde an das Glasfasernetz angebunden sein. Einige Kommunen in Baden-Württemberg haben die Erfahrung gemacht, dass auch bei vorhandenem Netz kein Unternehmen den Betrieb und die Abrechnung der Endkundenanschlüsse übernehmen will. Falls kein Telekommunikationsunternehmen gefunden werden kann, das Endkundenanschlüsse in den Kommunen zur Verfügung stellt, unterstützen wir die Ausweitung der Tätigkeit des Zweckverbandes auf das Anbieten dieser Dienste.
- zukünftig bei der Wahl möglicher Ausgleichsmaßnahmen der Aufwertung vorhandener naturnaher Flächen dem Vorzug vor weiterer Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen den Vorzug geben.

5. Infrastruktur

Wir wollen, dass unsere Bürgerinnen und Bürger auf einen gut ausgebauten Öffentlichen Personennahverkehr und Verkehrsinfrastruktur, sowie eine schnelle Internetverbindung zurückgreifen können. Gleichzeitig wollen wir den ländlichen Charakter unseres Landkreises bewahren.

Zur Stärkung unserer Infrastruktur wollen wir:

- die Umsetzung der Elektrifizierung der Elztal- und Kaiserstuhlbahn.
- die Einführung des Halbstundentaktes auf der Elztalbahn, ebenso eine engere Taktung auf der Rheintalbahnstrecke.
- den Ausbau des 3. und 4. Gleises der Rheintalbahn dient dem überregionalen Güterverkehr. Für den Kreis und seine Bewohnerinnen und Bewohner sind die Auswirkungen so weit wie möglich zu minimieren. Der Kreistag und die SPD haben sich mit großer Mehrheit für eine autobahnparallele Trassenführung ausgesprochen. Wir erkennen die Interessenlage der Betroffenen in Riegel an, für die keine zusätzlichen Belastungen entstehen dürfen. Sobald die Ergebnisse der vergleichenden Studie vorliegen, wird sich der Kreistag damit befassen, seine Bewertung vornehmen und eine sachgerechte Entscheidung treffen müssen. Für uns hat Lärm- und Gefahrenschutz Vorrang vor Kostenminimierung.
- die zügige Umsetzung der Ortsumfahrung B294 in Winden.
- die Sanierung und Unterhalt der bestehenden Kreisstraßen, insbesondere auf Pendlerstrecken.
- den Ausbau des Radwegenetzes, insbesondere von Schulwegen.

6. Gute Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Arbeit

Die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen ist uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein wichtiges Anliegen. Um diese Ziele zu erreichen und damit den Wirtschaftsstandort Landkreis Emmendingen zu stärken, muss der Kreis gute Rahmenbedingungen schaffen. Wir sind überzeugt, dass erst die Gestaltung eines familienfreundlichen Arbeits- und Lebensumfeldes die Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg schafft.

Wir wollen deshalb:

- diejenigen Unternehmen und mittelständische Handwerksbetriebe über unsere Wirtschaftsförderung unterstützen, die Arbeitsplätze schaffen und erhalten und Ausbildungsplätze bereit stellen.
- mit einer gut ausgebauten Verkehrsinfrastruktur für gute Anbindungen sorgen.
- Wachstumsbranchen fördern, um zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen.
- im Rahmen der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Emmendingen mbH alle Möglichkeiten der aktiven Förderung unseres Wirtschaftsstandortes nutzen.
- den Breitbandausbau auch im Interesse der Unternehmen vorantreiben.
- die Unterstützung des lokalen Handwerks durch die Umsetzung unserer Klimaschutzziele, zum Beispiel durch die energetische Gebäudesanierung.
- Neuansiedlungen von Unternehmen und Existenzgründungen fördern.

7. Verantwortung durch solide Kreisfinanzen

Der Landkreis muss handlungsfähig sein, um seinen politischen Gestaltungsspielraum nutzen zu können. Eine starke Sozialpolitik, gute Bildung und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, ein ausgebauter öffentlicher Personennahverkehr und die Umsetzung der Energiewende kosten Geld. Sie kommen aber direkt den Bürgerinnen und Bürgern zugute. Die vielfältigen Aufgaben und Herausforderungen des Kreises können nur durch ausreichende Finanzmittel bewältigt werden. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen aber auch, dass die Kreisumlage dort ihre Grenzen findet, wo die finanzielle Mindestausstattung der Gemeinden gefährdet ist.

Wir wollen deshalb:

- einen verantwortungsvollen Umgang mit den Kreisfinanzen. Bevor eine Erhöhung der Kreisumlage vorgeschlagen wird, müssen zunächst die bestehenden Ausgaben kritisch hinterfragt werden.
- den Erlass eines Doppelhaushaltes.
- kein Verbrauch von Überschüssen, bevor die Jahresrechnung verabschiedet ist.
- Potentiale zur Rückführung von Schulden zu nutzen